

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, 22 Fragen zur "Einfuhr von Jadtrophäen geschützter Arten" zu beantworten. In der Kleinen Anfrage wird unterstellt, Auslandsjagd trage zum Rückgang von Wildbeständen bei. Untermauert wird diese Behauptung mit einer fragwürdigen Studie der Tierrechtsorganisation IFAW. Der Internationale Jagdrat (CIC) in Deutschland und der Deutsche Jagdverband (DJV) stellen klar: Bestrebungen, den Import legaler Jagdtrophäen zu erschweren, machen erfolgreiche Artenschutzprojekte zunichte und missachten Menschenrechte.

BfN: Wichtige Rolle der Jagd

In der bisher unveröffentlichten Antwort der Bundesregierung an Bündnis 90/Die Grünen nimmt das Bundesamt für Naturschutz (BfN) deutlich Stellung: Gut regulierte und überwachte Auslandsjagd spiele in den Naturschutzprogrammen einiger Länder eine wichtige Rolle. Auslandsjagd schaffe in vielen Fällen Anreize für Regierungen und private Landeigentümer, Gebiete als Wildgebiete zu erhalten und dort Schutzmaßnahmen zu finanzieren, einschließlich Maßnahmen gegen Wilderei. Der Fototourismus stelle eine weitere Nutzungsform dar, scheine aber bislang nicht dieselben monetären Erträge zu erzeugen und in der Praxis nicht überall realisierbar zu sein.

Betroffene wehren sich

Gemeindevertreter aus dem südlichen Afrika, die für Millionen ihrer Landsleute sprechen, erteilten jüngst ähnlichen Behauptungen wie denen von Bündnis 90/Die Grünen eine klare Absage. In einer [Videobotschaft](#) fordern sie ein Ende der Diskriminierung ihrer Naturschutzstrategien und eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Lebensrealität der Lokalbevölkerung: "Alles andere bedeutet, die Rechte von Tieren über unsere Rechte als Menschen zu stellen. Durchschnittlich 50 bis 90 Prozent der wirtschaftlichen Anreize zum Schutz unserer Wildtiere stammen aus nachhaltiger, regulierter, humaner und wissenschaftlich überwachter Jagd."

Debatte ignoriert wissenschaftliche Fakten

Wissenschaftler warnen aktuell in einem [Blog-Beitrag](#), dass der Einfluss ideologisch geprägter Politik globale Naturschutzbemühungen zunehmend gefährdet: "Die Debatte um die Jagd wird emotional geführt und ignoriert wissenschaftliche Fakten." Auch die Weltnaturschutzunion [IUCN stellt klar](#): „Ein Ende der Jagd – beim Fehlen tragfähiger, alternativer Einnahmequellen – verschärft die weitaus größeren Bedrohungen wie Lebensraumverlust und Wilderei.“ Die IUCN verweist politische Entscheidungsträger in einem [Informationsschreiben](#) darauf, dass Importbeschränkungen für Jagdtrophäen nur legitim sind, wenn mindestens gleichwertige Alternativen zu Jagdsystemen bereitstehen. CIC und DJV haben zur Versachlichung der einseitig geführten Diskussion ein gemeinsames [Frage-Antwort-Papier zur Auslandsjagd veröffentlicht](#).